



DAS ARBEITSGESPRÄCH

Der Podcast mit Arbeitsminister Hubertus Heil



#1 Faire Lieferketten - Gast: Koch und Aktivist Ole Plogstedt | November 2020

Anja Heyde: Herzlich willkommen, liebe Zuhörer*innen, zum Podcast „Das Arbeitsgespräch“, dem Podcast mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil. Heute soll es um Lieferketten gehen, denn mit Lieferketten ist der Herstellungsprozess eines Produktes von Anfang bis Ende gemeint. Aber was macht das Thema so brisant? In weltweiten Lieferketten kommt es in vielen Bereichen immer wieder und immer noch zu Menschenrechtsverletzungen: Niedriglöhne, mangelnder Arbeitsschutz, Kinderarbeit oder moderne Formen von Zwangs- und Sklavenarbeit in den Produktionsländern.

Jetzt kann man argumentieren, da sollen sich die Hersteller drum kümmern. Von denen sagen nun aber einige, das könnten sie nicht. Sie könnten nicht etwas kontrollieren, was nicht hier bei uns passiert, und wollen schon gar nicht dafür haftbar gemacht werden. Warum eigentlich nicht? Kann man wirklich nicht kontrollieren, wer die Hosen für die neue Kollektion zusammennäht oder unter welchen Umständen die Bauern in Ecuador unsere Bananen anbauen? Genau darüber möchte ich heute zusammen mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und dem Koch und Aktivist Ole Plogstedt sprechen. Mein Name ist Anja Heyde und ich sage herzlich willkommen!

So, den Bundesarbeitsminister muss ich nicht vorstellen. Welche drei Schlagworte brennen Ihnen denn beim Thema Lieferketten auf der Zunge?

Hubertus Heil: Es geht um Fairness. Es geht um Verantwortung. Und es geht um Menschenrechte.

Anja Heyde: So, und Ole Plogstedt, den stelle ich kurz vor: Sie sind Koch, haben auch ein eigenes Unternehmen, die „Rote Gourmet Fraktion“. Und Sie gehören zu denen, die sagen: „Doch, eine Lieferkette ist kontrollierbar. Ich habe es selber gemacht.“

Ole Plogstedt: Könnte man so sagen, ja.

Anja Heyde: Und Ihre drei Schlagworte?

Ole Plogstedt: Also, das erste Schlagwort ist „dringend“. Ich finde, das ist ganz, ganz dringend, dass das auf den Weg gebracht wird. Das zweite Schlagwort steht eigentlich im Grundgesetz, und zwar im Artikel 1, Absatz 1 und 2. Das würde ich ganz gerne mal vorlesen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Das finde ich eigentlich ein Schlagwort, was man sich in der ganzen Diskussion immer wieder aufsagen muss.



Anja Heyde: Also Menschenrechte?

Ole Plogstedt: Menschenrechte, ja, im Prinzip sind es die Menschenrechte. Und diese Menschenrechte sind auch nicht verhandelbar. Also das ist ja eigentlich ganz schön absurd, dass wir hier über Menschenrechte verhandeln.

Anja Heyde: Sie waren ja mit Oxfam in Ecuador, weil Sie wissen wollten, wie die Bananen hergestellt werden, die Sie dann verarbeiten. Was haben Sie dort gesehen und erlebt? Denn genau das ist es ja, was Sie offensichtlich so bewegt.

Ole Plogstedt: Also, das hat tatsächlich auch mein Leben verändert. Also auch die ganze Sicht auf die Dinge. Ich bin mit Oxfam nach Ecuador gereist und da haben wir den Jorge Acosta kennengelernt, der war früher Pestizid-Flieger. Also, der hat diese Flieger geflogen, die die Gifte über die Bananenfelder gesprüht haben. Ihm wurde erzählt, das sei überhaupt nicht giftig, dann ist er aber selber erkrankt. Und daraufhin hat er dann eine Gewerkschaft gegründet. Und das ist in Südamerika ein bisschen anders. Also, hier hat man ja Dachgewerkschaften, das hat man in Südamerika nicht so. Das sind eigentlich eher so Betriebsräte oder so. Und er hat quasi so eine Dachgewerkschaft gegründet. Und da haben sich eigentlich alle versammelt, die schon mal auf irgendwelchen schwarzen Listen gelandet sind, weil sie versucht haben, eine Gewerkschaft in ihrem Betrieb zu organisieren oder weil sie irgendwie Rechte eingefordert haben. Die sind dann entlassen worden und haben auch auf dem Bananenmarkt gar keine Chance mehr gehabt. Der Jorge hat uns herumgeführt. Also wir waren auf diversen Bananenplantagen, haben da mit den Arbeitern und Arbeiterinnen geredet. Ich erinnere mich noch - das war wirklich krass - also gegenüber von mir saßen dann diese Bananenarbeiter und -arbeiterinnen, die teilweise wirklich so scheckige Flecken auf der Haut hatten und immer so gewackelt haben mit den Beinen. Also immer nur gezittert. Und das weiß ich zum Beispiel aus einer Studie von Südwind, dass das auch Auswirkungen sein können von diesen Pestizidvergiftungen und die waren halt echt richtig krank.

Und wo wir noch waren: in Schulen zum Beispiel. Wir haben Schulen besucht, die inmitten von Bananenfeldern lagen. Da waren 80 bis 90 Prozent der Schüler und Schülerinnen behindert. Es kommt da zu Fehlgeburten dadurch, das sind alles Kinder von Bananenarbeitern und -arbeiterinnen gewesen. Und die kommen entweder gar nicht zur Welt, weil sie Fehlgeburten haben, oder aber sie kommen mit Behinderungen zur Welt - und das ist fast flächendeckend. Also das ist jetzt nicht irgendwie eine Ausnahme.

Anja Heyde: Und das sind Folgen des Pestizideinsatzes?

Ole Plogstedt: Das sind Folgen des Pestizideinsatzes, weil diese Pestizid-Flieger während die Leute arbeiten, über die Felder fliegen. Normal müssen da, glaube ich, 24 Stunden oder so dazwischen liegen - zwischen der Besprühung und bis dann die Felder wieder betreten werden dürfen. Und ... wie lange haben wir denn Zeit? Ich könnte noch ein bisschen weiter erzählen ...

Anja Heyde: Ich würde jetzt gerne bei Herrn Heil einfach mal nachhaken: Wenn man sich so etwas anhört, dann will man ja gar keine Bananen mehr essen. Sie und der Bundesentwicklungsminister Gerd Müller, Sie haben jetzt im Sommer ein Gesetzentwurf für ein Lieferkettengesetz vorgelegt. Wie könnte denn so ein Lieferkettengesetz solche Zustände verhindern?



Hubertus Heil: Der zentrale Begriff ist Verantwortung für Menschenrechte, wie gerade auch erwähnt. Und die Frage ist: Wer trägt Verantwortung? Ich finde, dass Staaten Verantwortung tragen. Da geht es darum, dass wir Handelspolitik anders machen müssen, wenn wir Handelsverträge machen, auch Standards einziehen müssen. Aber es gibt eben auch Unternehmensverantwortung. In diesem Fall geht es darum, dass Unternehmen in Deutschland sich auch kümmern müssen, wenn sie in Lieferbeziehungen sind - ob im Textilbereich oder in der Landwirtschaft oder wenn es darum geht, beispielsweise Rohstoffe zu fördern für Elektromobilität. Und wir wollen, dass Unternehmen sich kümmern, um Ausbeutung, Kinderarbeit, Sklavenarbeit oder menschenrechtsgefährdendem, fehlendem Arbeitsschutz oder Unterdrückung von Arbeitnehmerrechten entgegenzuwirken.

Und darum geht's: Wir wollen, dass Unternehmen analysieren – es geht um die größeren Unternehmen, die weltweit aktiv sind – welche Risiken es für Menschenrechte gibt? Es geht darum, dass sie geeignete Maßnahmen ergreifen und darüber auch berichten. Und ich freue mich, dass immer mehr Unternehmen das übrigens auch von sich aus schon getan haben. Und die sagen uns: Das müsst ihr verpflichtend machen! Das machen zu wenige! Denn wir wollen im Wettbewerb ja auch nicht benachteiligt werden gegenüber denen, die sich gar nicht kümmern. Also es geht darum, dass Unternehmen sich kümmern und das tun, was sie können, nicht mehr und nicht weniger, um mitzuhelfen, dass Menschenrechte gewahrt sind.

Anja Heyde: Auf welche Eckpunkte kann man sich einigen?

Hubertus Heil: Also, ich habe eine große Einigkeit mit dem Entwicklungsminister, auch mit anderen Kollegen. Aber wir haben die noch nicht in der Bundesregierung beschlossen. Hintergrund ist, dass der Koalitionsvertrag gesagt hat, wir untersuchen mal, wie viel Unternehmen da mitmachen. Wenn das zu wenige sind - denn es gibt diese Sorgfaltspflichten eigentlich schon - dann müssen wir sie verbindlich, gesetzgeberisch vorschlagen. Diese Untersuchung hat stattgefunden. Die Ergebnisse gab es im Sommer. Und siehe da: Es haben zu wenige mitgemacht, so dass ein Gesetz notwendig sein wird. Daran arbeiten wir gerade. Wir haben Eckpunkte vorgeschlagen. Wir diskutieren in der Bundesregierung und wollen dann ein Gesetz umsetzen. Die gute Nachricht ist: Wir waren noch nie so dicht dran an einem Lieferkettengesetz wie im Moment. Die anstrengende Nachricht ist: Wir sind in der Bundesregierung damit noch nicht durch. Wir verhandeln noch.

Anja Heyde: Wie zufrieden sind Sie mit dem Vorschlag, der derzeit vorliegt, Herr Plogstedt?

Ole Plogstedt: Also, erstmal geht es ja gar nicht darum, ob ich jetzt zufrieden bin mit irgendetwas oder nicht. Ich finde: An allererster Stelle müssen immer die Menschenrechte gesehen werden. Wenn ich die Verbände teilweise reden höre, die dann von unseriösen Gesetzesentwürfen reden und so. Da verschiebt sich das für mich so ein bisschen. Also eigentlich ist es ja okay, wenn die Verbände diskutieren und wenn sie sagen: „Okay, da müssen wir mal gucken, Menschenrechte machen wir. Aber müssen wir mal sehen, wie wir das umsetzen.“ Das ist ja - also, die möchten sich ja eigentlich aus der Verantwortung rausstellen. Und damit komme ich nicht klar.

Anja Heyde: Also jemand, der so etwas Ähnliches gesagt hat, ist Ingo Kramer, der Arbeitgeberpräsident. Der sagt: Wenn das Gesetz komme, dann stünde man als Unternehmer quasi schon mit einem Bein im Gefängnis. Was antworten Sie dem, Herr Heil?

Hubertus Heil: Naja, das ist natürlich Polemik, um das mal klar zu sagen. Ich freue mich, dass ganz viele NGOs sich seit vielen Jahren engagieren. Oxfam ist eine davon, Germanwatch, auch Umweltverbände wie Greenpeace, sehr



viele Gewerkschaften, die Kirchen, Brot für die Welt, Caritas. Aber auch immer mehr Unternehmen zeigen, dass es geht. Und übrigens auch Unternehmensverbände mittlerweile.

Also, in der Sache selbst geht es gar nicht um das Strafrecht. Es geht nicht darum, Unternehmen hier vor den Kadi zu setzen und sozusagen Manager ins Gefängnis zu sperren. Sondern es geht erstmal darum, dass wir die Unternehmen dazu bringen wollen, sich zu kümmern. Und wenn sie das nicht tun, wenn sie fahrlässig handeln und Menschenrechte verletzt werden, dass es dann auch Rechtsfolgen hat - dass es zumindest so etwas wie eine zivilrechtliche Haftung gibt oder auch Ordnungsgelder beispielsweise. Also, es geht gar nicht ums Strafrecht und deswegen ist das eine Polemik.

Und wir verlangen übrigens von den Unternehmen nichts, was sie nicht liefern können. Die meisten Unternehmen, die weltweit aktiv sind, die mit Lieferketten zu tun haben, kennen die Nachverfolgung von Lieferketten aus dem Thema Produktsicherheit. Und da sind die immer ganz wunderbar in der Lage, zum Beispiel, wenn sie etwas produzieren und selbst Zulieferer sind, dann für andere nochmal nachzuweisen, dass das Produkt tiptopp ist. Das können deutsche Unternehmen ja immer richtig gut. Und Ähnliches muss es auch für diesen Bereich geben.

Ole Plogstedt: Na ja, sie könnten ja diesen Weg, um überhaupt diese Händler zu finden, auch schon mal gehen. Also dann könnten sie den ja auch gehen, um entlang dieser Lieferkette für Gerechtigkeit und für keine Menschenrechtsvergehen zu sorgen.

Anja Heyde: Dieses Haftungsrecht ist ja ein Riesenthema offensichtlich in der Wirtschaft. Der DIHK-Präsident meinte ja, man könne nur für das haften, was man selber beeinflussen kann. Und diese Kausalkette würde mit dem Lieferkettengesetz dann aufgegeben und man könne nicht für das Fehlverhalten der Lieferanten von Lieferanten Verantwortung und so weiter ... Wie machen Sie es denn?

Ole Plogstedt: Ich will mal kurz mit einem anderen Beispiel anfangen: Wenn ein Restaurantbetreiber Trüffel auf der Karte hat und in seinem Journal nachher dann auch Trüffelgerichte abgerechnet wurden und er eine Steuerprüfung hat, dann kann man davon ausgehen, dass der Steuerprüfer, die Steuerprüferin mal guckt, wo er denn den Trüffel eingekauft hat. Wenn der das jetzt aber irgendwie auf dem Schwarzmarkt eingekauft hat - aus dem Kofferraum irgendwie - und das nicht hat, dann ist er dran. So, also das funktioniert ja hier auch. Auch der muss seine Lieferkette irgendwie transparent halten. Und deswegen sehe ich überhaupt nicht ein, warum jetzt ein ...

Wir reden ja besonders viel von großen Konzernen, die eine riesen Marktmacht haben. Also, die haben diese Marktmacht, dass sie die Preise bestimmen. Das heißt, da wird nicht der Bauer gefragt: So, ich brauche das und das Produkt von dir. Was kostet das? Sondern da wird gesagt: Ich brauche das Produkt von dir, das und das kann ich dir zahlen. Dann sagt er: Oh Gott, oh Gott, wie soll ich das hinkriegen? Na, dann nicht! Dann gehe ich halt zum anderen! Ne, halt, warte mal. Doch irgendwie. Dann esse ich halt ein bisschen weniger und lebe halt in Armut. Und ich mache das. Also, er nutzt quasi dann diese Marktmacht komplett aus. Und diese Marktmacht lässt sich ja auch umdrehen. Man kann ja diese Marktmacht dafür nutzen, zu sagen: Pass auf, du musst die Menschenrechte einhalten! Da hängt ja ganz viel dran, natürlich! Da gibt es ganz besonders in Südamerika - da hat man oft Regierungen, manchmal sind sie korrupt oder da gibt es zumindest korrupte Strukturen. Dann haben die natürlich auch das Interesse, diese Geschäfte zu machen und diese Jobs an Land zu bringen. Deswegen, selbst wenn sie Gesetze haben, werden die teilweise auch unterwandert. Also das sieht man in Ecuador teilweise ganz gut. Und von daher kann die Marktmacht, glaube ich, da eine ganze Menge machen. Und um das Argument erstmal gleich auszuschalten, dass das ja eigentlich nicht die Aufgabe der Märkte ist, sondern der Politik: Deswegen wollen wir dieses Lieferkettengesetz haben. Das ist ja ein Tool, genau das zu machen, finde ich.



Hubertus Heil: Ja, es geht tatsächlich um einen Beitrag für eine gerechtere Globalisierung, wenn man es im Großen haben will. Aber ich mache es auch mal ein bisschen konkreter: Da könnte man ganz viel zu sagen. Zum Beispiel gerade, wenn man sich die Situation in Brasilien anguckt mit Bolsonaro, der nicht nur den Regenwald abholzen lässt, sondern auch das gesellschaftliche Klima vergiftet, Gewerkschafter in den Knast sperrt und Arbeitnehmerrechte unterdrückt. Sondern ich spreche mal von einem afrikanischen Beispiel:

Ich bin im letzten Jahr 2019 mit Gerd Müller, dem Entwicklungsminister, nach Äthiopien gefahren, bekanntermaßen eines der ärmsten Länder der Welt. Damals hatte gerade der Ministerpräsident Abi Achmed den Friedensnobelpreis bekommen. Das ist ein Reformler, der will Frieden in der Region. Aber der hat ein bitterarmes Land mit einer sehr, sehr jungen Bevölkerung. Der Altersschnitt da liegt bei 18 Jahre. Zum Vergleich – als Rentenminister weiß ich das – in Deutschland ist der Altersschnitt 47. Das weiß ich, weil ich grade diesen Schritt überschritten habe. Aber im Ernst, was will ich damit sagen? Das ist eine sehr junge, hungrige, ungeduldige, arme Bevölkerung. Und wir haben sehr viel Handel mit Äthiopien als Bundesrepublik Deutschland vor allen Dingen Bereich Textil. Und als ich mit Gerd Müller da war, haben wir gute Beispiele gesehen, also Unternehmen, die sich wirklich kümmern. In der Textilindustrie beispielsweise haben wir eine Fabrik gesehen, in der gibt es eine Arbeitnehmervertretung, einigermaßen anständige Löhne, Arbeitsschutz. Und wir haben ganz furchtbare Beispiele gesehen, zum Beispiel Gerbereien, in denen Tierfelle verarbeitet werden zu Leder, die dann am Ende unserer Schuhe in Deutschland sind. Ich habe da Frauen gesehen, die kniehoch in Chemikalien standen, kein Atem-, kein Mundschutz, Dämpfe und wie gesagt Ausbeutung. Da weiß man wieder, das sage ich auch mal ganz offen, warum mal so etwas wie eine Arbeitnehmerbewegung oder eine Arbeiterbewegung entstanden ist im 19. Jahrhundert. Dafür tragen wir auch mit Verantwortung.

In der Sache selbst geht es nicht um irgendetwas, was wir deutschen Unternehmen abverlangen, was sie nicht längst schon liefern und leisten können. Es geht um den Begriff der Verhältnismäßigkeit. Das heißt, natürlich müssen die nicht garantieren können, dass in den Ländern keine Menschenrechte verletzt sind. Das kann man einem deutschen Unternehmen nicht abverlangen. Aber ihren Beitrag zu leisten, indem sie zum Beispiel mal fragen, unter welchen Arbeitsbedingungen arbeitet mein Zulieferer und kann ich geeignete Maßnahmen ergreifen dagegen. Das Bemühen zählt beim Lieferkettengesetz, nicht der Erfolg, das ist der juristische Unterschied. Insofern ist das von den Verbänden, die dagegen ankämpfen, und den Lobbyisten, ganz oft so ein klassischer Reflex. Aber entspricht nicht dem, was wir vorschlagen.

Also es geht tatsächlich darum, das Bemühen von Unternehmen, sich um bessere Verhältnisse zu kümmern, zu unterstützen und für Verbindlichkeit zu sorgen. Denn da bin ich ganz bei Ihnen: Menschenrechte sind eigentlich nicht verhandelbar und es ist eigentlich jetzt schon eine Pflicht, auch wenn man Eigentum hat, sich zu kümmern. Und das endet nicht an deutschen Grenzen.

Ole Plogstedt: Ich finde, das geht sogar noch so weit, dass man auch sagen kann: Eigentlich ist das Lieferkettengesetz so das erste wirklich ernsthafte Tool, was man auch gegen die Fluchtursachen macht. Also was Sie gesagt haben: Leute, wenn die keine ... wenn die in Chemikalien stehen und irgendwie die Möglichkeit haben, nach Europa zu kommen, weil sie glauben, ihnen könnte es hier besser gehen, dann machen die das natürlich und nehmen ganz viel auf sich. Und da finde ich, hinken wir auch noch ein bisschen hinterher, was die Fluchtursachenbekämpfung angeht. Deswegen finde ich das auch einen ganz, ganz wichtigen Punkt.

Anja Heyde: Es ist auf jeden Fall ein wichtiger Punkt. Ich will trotzdem nochmal ganz konkret nachhaken. Weil, Herr Plogstedt, Sie haben mit der „Roten Gourmet Fraktion“ eigentlich einen überschaubaren Rahmen, sag ich jetzt mal. In der Chemie- oder in der Autoindustrie, nur mal so als Beispiel, da arbeiten ja dann Tausende von Unternehmen



weltweit zusammen für ein Produkt, das dann schlussendlich hier in Deutschland hergestellt wird. Wie will man das nachverfolgen und vor allem auch kontrollieren?

Hubertus Heil: Also für große Unternehmen gibt es heute schon auch zum Teil technische Tools. Die nutzen zum Beispiel Blockchain-Technologie, um zu reporten – auch in so einer Lieferkette. Manchmal reichen einfache Kontrakte, also Gegenstände von Verträgen mit Subunternehmern, die sich dann beispielsweise verpflichten, auch Standards einzuhalten. Also, nichts Unmögliches, das verlangt wird. Und der Gesetzentwurf, den wir machen wollen, unterscheidet auch übrigens zwischen kleinen und großen Unternehmen. Man muss schon einen Unterschied machen bei der Frage, was ein Unternehmen kann, nach Größe und Möglichkeit. Also, wenn ein Unternehmen – ich nenne jetzt mal eins, das sich auch kümmert – wie Adidas weltweit aktiv ist, ein deutsches Unternehmen aus Herzogenaurach, überall Dependancen auf der Welt... dann haben die mehr Möglichkeiten, auch vor Ort nachzugucken, wie die Verhältnisse sind als jemand, der eher ein kleineres Unternehmen hat.

Ole Plogstedt: Die haben ja auch die Marktmacht!

Hubertus Heil: So ist es. Und in unserem Gesetzentwurf reden wir übrigens über Unternehmen, die mehr als 500 Beschäftigte haben. Also wir reden jetzt nicht über den Handwerker von nebenan. Und dann wird auch behauptet, der müsse wissen, wie sein Kupferkabel, wenn er dann Elektroleitungen macht, irgendwoher kommt. Nein, das wäre unverhältnismäßig. Also wir überfordern keine kleinen und mittelständischen Unternehmen, sondern wir zeigen bei denen, die weltweit aktiv sind – wir reden ja hier zum größeren Teil über Konzerne – dass sie sich kümmern müssen, dass sie Nachhaltigkeit in den Lieferketten auch reporten müssen und, dass sie geeignete Maßnahmen ergreifen können, um dagegenzuwirken. Also, es läuft über Kontrakte an dieser Stelle, über Verträge. Und das ist beim Thema Qualitäts- und Produktsicherheit in der Wirtschaft heute schon gang und gäbe. Wir wollen das auch bei Menschenrechten.

Anja Heyde: Muss man das kontrollieren, Herr Plogstedt? Und wenn ja, wie? Also, wie würde das aus Ihrer Sicht stattfinden?

Ole Plogstedt: Also, dass man das kontrollieren muss, glaube ich, das liegt auf der Hand. Also von alleine passiert das nicht. Und ich glaube, es ist auch gar nicht so schwer. Also letzten Endes hab ich's ja nicht anders gemacht. Ich habe mir ein Flugticket gekauft, bin mit Oxfam nach Ecuador geflogen, habe Jorge getroffen und wir haben die Bananenplantagen besucht und haben da einiges erfahren. Klar, das machen natürlich auch viele, aber dann sind die ganz oft angemeldet. Und dann kriegen sie eine geschönte Version gezeigt.

Anja Heyde: Ich habe mich nur gefragt, weil wir haben ja jetzt bei Corona gesehen, dass selbst bei uns in einigen Bereichen die Arbeitsbedingungen nicht so sind, wie wir sie gerne hätten. Stichwort Fleischindustrie. Also, wenn wir noch nicht einmal bei uns ausreichend kontrollieren können, wie wollen wir das dann weltweit schaffen?

Hubertus Heil: Ich will das vielleicht versuchen mal zu beschreiben, weil es mehrere Möglichkeiten gibt, das Gesetz auch auszugestalten. Ganz klar, bei der Fleischindustrie ist das Problem, dass auch Unternehmen versucht haben, Verantwortung auf Sub-Sub-Sub-Sub-Subunternehmer so zu delegieren, dass sie sich nicht mehr kümmern mussten um Arbeitsschutz und, dass Löhne gedrückt wurden. Und die Erfahrung in diesem Bereich ist, dass wir übrigens ohne Kontrollen oft erleben, dass in sowas wie der Fleischindustrie auch Ausbeutung stattfindet. Das ändern wir gerade,



indem wir Werkverträge verbieten, die Kontrollen hochfahren, klare Standards definieren, beispielsweise für Sammelunterkünfte. In den weltweiten Lieferbeziehungen gibt es mit dem Lieferkettengesetz erstens die Chance, wenn die Unternehmen dann berichten – sozusagen ihre Menschenrechtsberichte abgeben – zu überprüfen, ob das plausibel ist an dieser Stelle. Das wird eine Behörde machen. Und es gibt die Möglichkeit, dass wenn sich Unternehmen fahrlässig nicht an die Regeln gehalten haben, die das Gesetz aufgibt, es dann die Möglichkeit gibt, auch zu klagen. Es gibt prinzipiell heute schon die Möglichkeit zu klagen. Es gab ja einen Fall in Deutschland, ganz furchtbare Sache, vor einigen Jahren: größeres Textilunternehmen, nennen wir ruhig den Namen, weil inzwischen versuchen selbst die sich zu kümmern. Haben damals einen Riesenschaden auch am Image gehabt, nämlich KiK. Aber vor allen Dingen haben den Schaden Menschen, die in Pakistan in der Fabrik ums Leben gekommen sind. Da ist dann aus Pakistan geklagt worden vor einem deutschen Gericht. Das Verfahren ist auch zugelassen worden. Es hatte am Ende keinen Erfolg, weil aufgrund von pakistanischem Recht das Ganze verjährt war. Aber trotzdem zeigt dieser Fall, dass man prinzipiell heute schon bei Menschenrechtsverletzungen auch vor einem deutschen Gericht klagen kann. In den seltensten Fällen hat das deshalb Erfolg, weil die Menschen, über die wir reden, meistens nicht die Möglichkeit haben und nicht die Power, um das mal klar zu sagen, ihre Rechte aus aller Welt in Deutschland einzuklagen. Die Idee ist, dass man entweder dafür sorgt, dass auf Basis von Sorgfaltspflichten Verletzungen durch das Lieferkettengesetz auch in Deutschland zivilrechtlich geklagt werden kann. Oder, falls wir das politisch nicht durchsetzen können, dass die Behörde, die sich die Berichte anguckt, ein robustes Mandat hat, mal zu überprüfen, ob das alles so stimmt, was da angegeben wird. Und im Zweifelsfall auch Ordnungsgelder verhängen kann – und zwar auch saftige. Also mir ist nur wichtig, dass wir ein Lieferkettengesetz bekommen, über das wir jetzt wie gesagt noch verhandeln, das nicht folgenlos bleibt. Ich möchte nicht so ein Placebo-Gesetz, wo wir einfach so einen Friedhof für Berichte haben, aus denen nichts folgt. Wenn man ein Lieferkettengesetz macht, geht es nicht darum, Unternehmen zu triezen. Denn die, die sich recht verhalten, haften dann in keinerlei Hinsicht, sondern die können sich auch enthaften an dieser Stelle, weil sie alles Mögliche getan haben. Aber wenn sie das fahrlässig nicht tun oder sogar vorsätzlich, dann muss es eine Rechtsfolge haben, damit sie es das nächste Mal anders machen. Damit es auch ein bisschen eine abschreckende Wirkung hat und damit man nicht einfach die Augen zudrückt und wissentlich Geschäftsmodelle dann doch auf Ausbeutung aufbaut.

Ole Plogstedt: Naja, auf alle Fälle wäre ein Gesetz ohne solche Haftung oder solche Maßnahmen ja fast wirkungslos. Also wenn sich da große Firmen rauswinden können ... ich meine, das kennt man ja. Da habe ich sowieso eine Frage an Sie: Wie ist das? Wie geht das Gesetz damit um? Angenommen, wir haben jetzt diese 500-Leute-Grenze. Da gibt es dann Firmen, die sagen ‚haha, mach ich halt zwei oder drei oder vier Firmen daraus‘. Oder aber, wenn man entlang der Glieder sagt ‚bis zum zehnten Glied bin ich jetzt haftbar‘. Dann baut man halt noch zwei, drei, wie viel man halt braucht, Zwischenhändler ein, um sich da rauszuwinden. Und wir wissen ja, dass es solche Kräfte gibt. Ich glaube, wir hatten so etwas Ähnliches gerade mal in der Fleischindustrie, oder? Wie will das Lieferkettengesetz sicherstellen, dass das nicht passiert?

Hubertus Heil: Zum einen beim Unternehmensbegriff, wie gesagt, schwebt uns vor, dass man ab 500 sagt, nehmen wir einen Unternehmensbegriff und keinen Betriebsbegriff. Wenn wir jetzt beispielsweise über einen Konzern reden, dann zählt die Mitarbeiterzahl des Konzerns und nicht einzelner Konzernteile. Also nehmen wir mal einen großen wie Volkswagen. Dann gilt nicht irgendwie eine Subfirma von Volkswagen, sondern die Volkswagen Group, der Volkswagen Konzern als Maßstab. Also, da kommt man dann nicht raus. Das andere ist die Frage: Wie tief geht die Lieferkette rein? Da gibt es einige, die sagen: tatsächlich nur – in der Fachsprache heißt das Tier-1 – das erste Glied. Da sagen wir, das ist ein bisschen gefahrgeneigt, sich tatsächlich einen schlanken oder einen weißen Fuß zu machen.



Da kann man auch durch Subunternehmen dafür sorgen, dass das die einzige Beziehung ist. Sondern es soll die ganze Wertschöpfungskette, die Lieferkette, in den Blick genommen werden. Und natürlich nimmt das Haftungsrisiko ab, wenn man das irgendwann gar nicht mehr beeinflussen kann. Aber in die Tiefe der Kette soll das rein. Und wie gesagt, die Sorgfaltspflichten sind im Gesetz dargelegt. Da wird dann, wenn der Gesetzestext fertig ist, am Anfang aufgezählt, welche internationalen Übereinkünfte es gibt: zum Beispiel die Kernarbeitsnormen der ILO, der Internationalen Arbeitsorganisation, Verbot von Sklavenarbeit, Kinderarbeit und so weiter und so fort, auf die Bezug genommen wird in dem Gesetz. Das zweite ist dann, dass die Unternehmen diese Sorgfaltspflichten dahingehend bekommen, dass sie sich kümmern müssen, dass sie Systeme aufbauen müssen, dass sie nachgucken müssen, wenn man es einfach will. Das dritte ist, dass sie in einem Bericht darüber Rechenschaft abgeben müssen. Und dass sie auch tatsächlich geeignete Maßnahmen ergreifen müssen dagegen, wenn sie Kenntnis haben. Und um das Ganze noch mit einem weiteren Weg zu versehen, soll es einen Beschwerde-Mechanismus geben von Leuten, die sich aus solchen Ketten auch verletzt fühlen, direkt an dieser Stelle. So, wenn Sie all das getan haben, dann sollen Sie nicht auf Basis dieses Gesetzes haften. Aber wenn Sie sagen, ich kümmere mich nicht, und wie gesagt – die Begriffe juristisch gesprochen – „vorsätzlich“ oder „fahrlässig“ sind, dann soll das tatsächlich Rechtsfolgen haben. Dann soll es tatsächlich auch die Möglichkeit geben, entweder zivilrechtlich zu haften oder zumindest von der Behörde auch ein Ordnungsgeld zu bekommen, beziehungsweise soll im Extremfall auch so etwas wie Gewinnabschöpfung möglich sein.

Anja Heyde: Herr Plogstedt, wie viel Macht hat denn der Verbraucher? Man kennt ja dieses Paradox bei Umfragen, da sagen die Verbraucher immer wieder, sie zahlen mehr, wenn sie wissen, wo die Sachen herkommen. Am Ende zählt dann aber doch immer wieder der Preis, vor allem bei denen, die es eben nicht so dicke haben.

Ole Plogstedt: Na klar! Es ist wichtig, dass jeder, der es sich leisten kann, sich ethisch-moralisch vernünftig ernährt und dafür auch mehr ausgibt. Das würde ich schon von jedem Menschen erwarten. Aber das jetzt nur auf den Verbraucher abzuschieben, das ist extrem ungerecht. Denn der Industrie oder den Konzernen, denen wird nicht zugemutet, dass sie vielleicht ein bisschen weniger Geld verdienen, um diese Menschenrechte einzufordern. Aber der Bürger, der soll tiefer in die Tasche greifen, um sich ethisch-moralisch korrekt zu ernähren. Was ja viele auch wirklich machen. Aber viele können es auch gar nicht. Also eine Mutter mit drei Kindern und drei Minijobs, irgendwie alleinerziehend ... Einmal ist es das Finanzielle, vielleicht würde man das sogar gerade noch irgendwie hinkriegen. Aber man muss sich dazu ja auch echt drum kümmern. Also ich habe das allein in meiner Firma: Ich probiere dann – bleiben wir beim Thema Bananen – Fair-Trade-Bio-Bananen zu bekommen. So gehe ich in die Großmärkte und muss Tage vorher mit einem ziemlich großen Aufwand diese Bananen vorbestellen. Und die kriege ich teilweise noch nicht mal! Also man kriegt es teilweise noch nicht einmal an den Start.

Anja Heyde: Denn nur Bio ist noch nicht Fair Trade und Fair Trade ist nicht Bio?

Ole Plogstedt: Es ist ja schon mal gut, dass man da nicht mit diesen schlimmen Pestiziden zu tun hat. Aber da gibt es halt kaum gesetzliche ... gibt es irgendwie alles nicht. Alles das, was in den anderen Ländern unterwandert wird. So, und deswegen finde ich es extrem wichtig, dass man Bio und Fair Trade hat. Also überhaupt bei dem Thema - ich rede mich gerade in Rage! Also wir haben uns ja schon damit abgefunden, dass Bio und Fair Trade normal ist. Wir gehen einkaufen und fühlen uns gut dabei, wenn wir Bio und Fair Trade kaufen. Es sind vielleicht, keine Ahnung, zehn Prozent in den Supermärkten, vielleicht sogar noch weniger an Bio-Produkten. Und normalerweise haben wir es ja bei verarbeiteten Produkten, wenn da Zusatzstoffe drin sind, müssen die deklariert werden. Aber Bio, wenn da



keine Zusatzstoffe drin sind, nämlich keine Gifte, dann wird das deklariert. Also, das ist genau umgekehrt, genauso wie bei Fair Trade. Ich muss davon ausgehen, wenn ich ein Nicht-Fair-Trade-Produkt kaufe, dass da Menschenrechte misshandelt wurden, nicht geachtet wurden. Wir haben uns schon damit abgefunden, dass das normal ist: vergiftet und Menschenrechte nicht eingehalten. Und das finde ich so schlimm!

Anja Heyde: Ich bin ja trotzdem heute die, die immer ein bisschen Wasser in den Wein kippt. Haben Sie nicht die Befürchtung, dass dieser Mehraufwand, der durch dieses Lieferkettengesetz unter Umständen entstehen kann durch Bürokratie, die durchgesetzt wird, am Ende bei den Verbrauchern hängen bleibt?

Hubertus Heil: Nein, denn ehrlich gesagt, die Frage ist ja eben gewesen: Wer trägt Verantwortung? Ich glaube, dass alle Verantwortung tragen. Verbraucher haben Verantwortung. Aber Verantwortung muss man auch zuordnen können. Und viele Verbraucherinnen und Verbraucher können an der Supermarktkasse ja zum Beispiel nicht immer wissen, was in einem Produkt drin ist, wie das entstanden ist. Manchmal muss man auch als Verbraucher nachdenklich werden, wenn Dinge verramscht werden, denke ich. Zum Beispiel in der Fleischindustrie muss man sich wirklich mal überlegen, wie das so ist.

Aber trotzdem: Man kann ethische Fragen nicht immer an der Supermarktkasse entscheiden, wenn man gar nicht weiß, was da los ist. Verbraucherverhalten ist das eine. Man kann mit einer persönlichen Nachfrage auch ein Statement setzen. Aber man darf das Thema nicht individualisieren. Ich glaube, dass es auch eine Verantwortung von Unternehmen gibt, die damit Gewinne machen. Und das Lieferkettengesetz zielt auf die Sorgfaltspflicht von Unternehmen. Und es gibt eine staatliche Verantwortung in der Frage, wie wir Handelspolitik machen.

Aber zu Ihrer Frage zurück: Nein, das ist nicht unverhältnismäßig. Wir bauen keine gigantische, unmögliche Bürokratie auf. Und wer es nicht glaubt, der muss sich Unternehmen angucken, auch namhafte Unternehmen, die das inzwischen machen. Also wir haben vorhin im Vorgespräch mal kurz über Schokolade gesprochen, Herr Plogstedt. Und er hat mir auch eine geschenkt, Ihnen auch. Das dürfen wir den Hörern verraten.

Anja Heyde: Sie haben es verdient!

Hubertus Heil: Ja, richtig. Ich muss nur abnehmen, ich muss sie weitergeben. Das ist aber faire und sicher total leckere Schokolade. Aber auch ohne Reklame zu machen: So ein Hersteller wie Ritter Sport ist inzwischen aktiv in diesem Bereich, weil das Thema Kakao ja eines ist, wo jahrelang auch unmögliche Verhältnisse waren in der Produktion – übrigens bei Kaffee auch, das ist auch so ein Thema. Und dann gibt es jetzt welche, die beweisen, das geht, ohne dass sie rasend viel teurer sind als andere Produkte: weil sie effiziente Managementsysteme für Sorgfaltspflichten haben, weil sie Nachhaltigkeitsberichte machen. Und das machen viele aus Imagegründen, weil sie auch keinen Bock haben, ein Unternehmen darzustellen, dass Geschäftsmodelle auf Ausbeutung aufbaut. Das ist ermutigend, wie ich finde. Es ist ohnehin so, dass die meisten Menschen ja von besseren Beispielen immer mehr lernen als von abschreckenden. Die zeigen, dass es geht und dass das nicht dazu führt, dass Riesenbürokratie oder massive Kosten entstehen. Das sind Cent-Bereiche in der Massenproduktion. In einzelnen Bereichen – auch im Textilbereich – reden wir jetzt nicht über Riesenbeträge, die schon helfen würden, dass Menschen zum Beispiel in Äthiopien ein Stück besseren Lohn hätten, der dann auch bei ihnen ankommt.

Ole Plogstedt: Naja, bei den Bananen haben wir es ja ... das hatten wir vorhin im Vorgespräch. Dass Sie Bananen gekauft haben, Fair Trade für 1,89 Euro, also unter 2 Euro Bio-Fair-Trade-Bananen. Die verramschten sind dann die für teilweise 77 Cent oder so, was man da fürs Kilo zahlt. Und das ist ja auch ganz interessant. Das sind sogenannte



Eckpfeiler-Produkte für die Supermärkte. Das heißt: So eine Banane, wenn die günstig ist, wenn ich mit der groß werben kann, dass sie günstig ist, dann geht der Verbraucher für dieses beliebte Produkt in diesen Laden. Und der Laden hofft, dass er dann da auch den Resteinkauf erledigt. Also eigentlich ist das ein Marketing-Tool, und deswegen müsste das doch aus dem Marketing-Budget bezahlt werden und nicht auf dem Rücken der Kleinbauern und der Kleinbäuerinnen und Landarbeiter und Landarbeiterinnen. Und man sieht ja, selbst mit diesem Euro mehr, was das Kilo Bananen kostet, kommt man schon klar. Und dann ist da auch wieder eine ganz andere Wertschätzung dabei, wenn ich so eine Banane esse.

Anja Heyde: So, damit sind wir am Ende unseres Arbeitsgesprächs. Gibt es noch offene Fragen von der einen oder anderen Seite, die vielleicht noch nicht beantwortet sind? Herr Plogstedt? Herr Heil?

Ole Plogstedt: Also offene Fragen - eigentlich gibt es einen Riesenhaufen offene Fragen, das würde vielleicht jetzt den Rahmen sprengen. Also, was mir total wichtig ist, dass wir da ein Gesetz haben, was nicht verwässert ist, sondern was wirklich auch eine Haftung beinhaltet.

Hubertus Heil: Nur so viel: Es gibt unterschiedliche Auffassungen, was die Ausgestaltung betrifft. Inzwischen bekennt sich auch mein Koalitionspartner, der das jahrelang nicht gut fand, dem Grunde nach zu einem Lieferkettengesetz. Die Diskussion ist jetzt nur noch „wie“. Ist das so eine weiße Salbe? Oder verändert das was in den Köpfen, im Handel und in der Realität? Und darüber wird verhandelt.

Nun weiß ich als Demokrat, auch in einer Koalition, dass man zu Kompromissen in der Lage sein muss, wenn man Fortschritt haben will. Das sage ich übrigens auch allen NGOs. 100 Prozent kriegt man nie. Aber jeder kann sich darauf verlassen: Ich arbeite nicht für einen faulen Kompromiss, sondern für eine Lösung, die den Namen auch verdient. Ich weiß nicht, ob wir jetzt schon 100 Prozent holen. Aber wenn wir einen Fuß in der Tür haben, dann kann man zumindest sagen: Wir haben ein Lieferkettengesetz. Das wirkt auch. Das kann man vielleicht später auch noch einmal weiterentwickeln. Mir ist wichtig, dass wir endlich zu Potte kommen.

Ole Plogstedt: Ich finde es sogar wichtig, dass man das weiterentwickelt. Ich finde auch wichtig, dass das in Europa einzieht. Das ist ja eigentlich mal ein erster Schritt, den wir machen. Frankreich war sogar vor uns dran.

Hubertus Heil: Das stimmt. Aber die gute Nachricht ist, dass auch in Europa tatsächlich was ins Rollen gekommen ist. Im Frühjahr wird der zuständige Kommissar einen Vorschlag machen für eine europäische Richtlinie für ein Lieferkettengesetz. Und das ist natürlich die bessere Lösung, wenn wir Standards in ganz Europa haben, wenn man gemeinsam mehr Nachfrage macht, auch in der Welt haben, Dinge zu verändern. So, umgekehrt gibt es jetzt einige, die in Deutschland sagen, dann warten wir doch mal ab, wie das in Europa ist. Also so ein bisschen Europa als Ausrede zu benutzen, ist natürlich nicht der richtige Weg, sondern umgekehrt: Wenn wir es in Deutschland schaffen, als ich sage mal größte Nation, größte Wirtschaftsmacht auch in Europa, einen Standard zu setzen, einen guten Standard, dann bringt das uns in Europa auch nach vorn. Und das ist dann das, was Ökonomen ein „Level Playing Field“, also faire Wettbewerbsbedingungen, gleiche Wettbewerbsbedingungen, nennen. Also man muss ein bisschen aufpassen. Andere Länder haben auch Gesetze. Frankreich haben Sie vorhin genannt. Das stimmt, nenne ich auch immer als Vorbild. Allerdings machen die das glaube ich ab 5.000 Mitarbeitern. Das finde ich ein bisschen hoch.

Ole Plogstedt: Finde ich auch!



Anja Heyde: Okay. Wir haben noch ein bisschen was zu tun, und wir könnten als Vorbild hier am Ende rausgehen vielleicht. Ich bin gespannt. Vielen Dank, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, vielen Dank, Ole Plogstedt für dieses „Arbeitsgespräch“! Wir sind natürlich auch sehr an Ihrer Meinung interessiert! Also wenn Sie Fragen haben oder Feedback geben wollen - gerne auch Lob - dann schreiben Sie uns eine E-Mail an podcast@bmas.bund.de. Wir freuen uns! Danke fürs Zuhören!

Ole Plogstedt: Vielen Dank!

Hubertus Heil: Danke Ihnen!



Das Arbeitsgespräch - Der Podcast mit Bundesminister Hubertus Heil.

Anhören und abonnieren bei [Apple](#), [Deezer](#), [Google](#) und [Spotify](#)!

Weitere Informationen unter www.bmas.de/podcast